

# FBP spricht sich gegen eine Erhöhung des Rentenalters aus

**AHV-Sicherung** Es sind Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV nötig. Abhilfe würde theoretisch eine weitere Erhöhung des Rentenalters schaffen - was politisch entsprechend schwierig ist. Die FBP ist dafür schon mal nicht zu haben.

VON DANIELA FRITZ

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini machte sich keine Illusionen darüber, dass eine weitere Erhöhung des Rentenalters eine unpopuläre - wenn auch wirksame - Massnahme wäre, um die AHV langfristig zu sichern. Etwas muss allerdings unternommen werden. Denn wie das gesetzlich vorgesehene versicherungstechnische Gutachten zeigt, sinkt das Vermögen der AHV-Anstalt Ende 2038 unter das vorgeschriebene Minimum von fünf Jahresausga-

ben. Deshalb muss die Regierung nun innerhalb eines Jahres entsprechende Massnahmen ergreifen und dem Landtag vorlegen.

Um für die voraussichtlich im März stattfindende Debatte im Hohen Haus eine theoretische Grundlage zu schaffen, hat die Regierung bereits im Dezember mögliche Varianten und deren Wirkung aufgezeigt. Geprüft wurden eine Erhöhung der Beitragssätze um 0,3 Prozent, ein um 10 Millionen Franken erhöhter Staatsbeitrag, die Anhebung des Rentenalters um ein Jahr sowie eine

Kombination daraus. Laut den Berechnungen der Regierung würde ein höherer Staatsbeitrag allein aber nicht reichen, um die AHV-Reserven zu sichern. Der Landtag müsste also entweder nochmals tiefer in die Tasche greifen oder zusätzliche Schritte einleiten. Würden beispielsweise gleichzeitig die Beitragssätze um 0,3 Prozent erhöht, würde dies knapp reichen, um die Jahresausgaben über dem gesetzlichen Minimum zu halten. Als Einziger der Lösungsvorschläge würde ein höheres Rentenalter auch ohne zusätzliche

Massnahmen das gewünschte Ziel bewirken.

Das kommt für die FBP derzeit jedoch nicht infrage, wie Parteipräsident Marcus Vogt gestern mitteilte: «Landtagsfraktion und Parteipräsidium sind der Ansicht, dass auch andere Massnahmen aktuell ausreichend Spielraum bieten, um das geforderte Mass an Reserven im 20-Jahres-Horizont sicherzustellen.» Wie die Bürgerpartei zu weiteren Alternativen zur Sicherung der AHV steht, liess Vogt noch offen. Die Landtagsdebatte wird es zeigen.